

Worum geht es?

Am 23. September 2018 stimmen Volk und Stände über zwei ähnliche Agrarinitiativen aus linksgrünen Kreisen ab. Beide fordern mehr Staatseingriffe und wollen unsere Wahlfreiheit beim Essen einschränken.

Fair-Food-Initiative

Die Volksinitiative der Grünen verpflichtet den Staat, die ökologischen und sozialen Anforderungen an die Herstellung und den Verkauf von Lebensmitteln weiter zu erhöhen. Zusätzliche staatliche Produktionsvorschriften schränken die Wahlfreiheit der Konsumentinnen und Konsumenten ein und verbieten den Import von Lebensmitteln, die nicht dem Gusto der Initianten entsprechen.

Initiative «Für Ernährungssouveränität»

Die Initiative der Bauerngewerkschaft Uniterre ist noch extremer und will die Landwirtschaftspolitik der letzten 25 Jahre radikal ändern. Der Staat soll über mehr Vorschriften die kleinbäuerliche Landwirtschaft fördern, die regional produziert und verkauft. Dazu gehören Importverbote, höhere Zölle, zusätzliche Subventionen und mehr Angestellte in bäuerlichen Betrieben.

**Engagiere dich
für deine Wahlfreiheit!**

agrarnitiativen-nein.ch

Breite Allianz sagt 2x NEIN

- Bundesrat und Parlament
- BDP, CVP, FDP, SVP
- economiesuisse, Gewerbeverband
- Detailhändler, Lebensmittelindustrie
- hotelleriesuisse, Gastrosuisse
- Schweizer Obstverband
- Schweizerisches Konsumentenforum kf

«Fair-Food-Initiative» und Initiative «Für Ernährungssouveränität» bedeuten:

- ☞ weniger Auswahl
- ☞ steigende Lebensmittelpreise
- ☞ mehr Bevormundung
- ☞ höhere Kosten und mehr Bürokratie
- ☞ neue Subventionen und Steuern

Überparteiliches Komitee
2x NEIN zu den extremen Agrar-Initiativen
c/o FDP/Die Liberalen Schweiz
Postfach
CH-3000 Bern 1

**Stoppe das
Menü-Diktat!**

agrarnitiativen-nein.ch

Weniger Auswahl, steigende Preise!



23. September 2018

2x NEIN

Fair-Food-Initiative und Ernährungssouveränität

agrarnitiativen-nein.ch

Konsumentenfeindlich

«Die beiden Initiativen bevormunden Konsumentinnen und Konsumenten und führen zu höheren Preisen und weniger Auswahl.»



Babette Sigg Frank
Präsidentin CVP-Frauen Schweiz
Präsidentin Schweizerisches
Konsumentenforum kf

NEIN zu steigenden Preisen

Schweizer Bürgerinnen und Bürger zahlen gleich doppelt: Über ihre Steuern berappen sie die Kosten für den ausufernden Kontrollapparat des Staates, der für eine Umsetzung der Initiative nötig ist. Zusätzlich steigen die Lebensmittelpreise, weil durch die höheren Anforderungen die Produktionskosten steigen. Preistreibend wirkt auch der geringere Wettbewerb.

NEIN zu weniger Auswahl

Die Wahlfreiheit und das Angebot für Konsumentinnen und Konsumenten sinken durch teure Handelshemmnisse und Importverbote. Da rund die Hälfte aller Lebensmittel aus dem Ausland kommt, sind sehr viele Produkte betroffen: von der Aprikose über Fertipizza bis zur Salami oder Süssigkeiten.

NEIN zur Bevormundung

Die bestehenden Deklarationsvorschriften und Produkt-Labels schaffen Orientierung und gewährleisten die Wahlfreiheit. Mündige Konsumentinnen und Konsumenten können selber entscheiden, was auf ihre Teller kommt und wo sie ihre Lebensmittel einkaufen.

Wirtschaftsfeindlich

«Staatliche Produktionsvorschriften, Importverbote und höhere Beschaffungskosten diskriminieren die Schweizer Lebensmittelindustrie mit ihren vielen KMU.»

Beat Walti
Nationalrat FDP
Fraktionspräsident



NEIN zum Bürokratiemonster

Beide Initiativen zwingen Staat und Lebensmittelhersteller, einen teuren Kontrollapparat im In- und Ausland aufzubauen. Neu dürften in der Schweiz nur noch jene Lebens- und Futtermittel verkauft werden, die den Schweizer Umwelt- und Sozialstandards entsprechen. Zusätzliche Beamte müssten im Ausland überprüfen, ob die Vorschriften von den Landwirten und Lebensmittelherstellern auch wirklich eingehalten werden. Bei jeder importierten Tomate müsste ein Kontrolleur sicherstellen, dass sie dem Schweizer Standard entspricht. Diese Bürokratie kostet und ist gemäss Bundesrat «kaum umsetzbar».

NEIN zu neuen Handelshemmnissen

Die neuen Handelshemmnisse verletzen internationales Handelsrecht und das EU-Landwirtschaftsabkommen. Die Schweiz provoziert Retourkutschen (z.B. Behinderung der Schweizer Käseexporte) und riskiert eine Benachteiligung von Schweizer Unternehmen durch andere Länder. Bedroht ist auch der für unsere Exportindustrie überlebenswichtige Marktzugang auf der ganzen Welt. Die Initiative schadet dem inländischen Lebensmittelmarkt, weil die Privatimporte nicht unter das strenge Regime fallen. Damit wirkt die Initiative als Einladung zum Einkaufen im Ausland.

Bauernfeindlich

«Die Volksinitiativen degradieren die Bauern zu Befehlsempfängern des Staates. Damit geht die unternehmerische Freiheit verloren.»



Toni Brunner
Nationalrat SVP
Landwirt

NEIN zum Eigengoal für unsere Bauern

Die Agrar-Initiativen rauben den Schweizer Bauern das zentrale Differenzierungsmerkmal im Bezug auf die Qualität. Wenn künftig auch die Importlebensmittel die Schweizer Standards erfüllen, wird es für die Schweizer Bauern schwierig, ihre höheren Preise zu rechtfertigen. Trotzdem haben sie aber nach wie vor höhere Produktionskosten als ihre ausländischen Konkurrenten (höhere Löhne, kleine Anbauflächen, usw.).

NEIN zur kaum umsetzbaren Zwängerei

In der Schweiz gelten bereits heute sehr strenge Vorschriften zum Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt. Lebensmittel werden fair und nachhaltig produziert. Zusätzliche Leitplanken setzt der vom Volk erst im September 2017 beschlossene Verfassungsartikel zur «Ernährungssicherheit».

NEIN zu mehr Vorschriften, Einschränkungen und Regelungen

Die beiden extremen Agrar-Initiativen führen zu noch mehr Bürokratie in der Landwirtschaft. Das gibt neue Vorschriften, Regelungen und Einschränkungen. Bauern werden zu Staatsangestellten.